

Patentanwältin  
Dr.-Ing. A. Knoblauch  
& Partnerin  
Schlosserstr. 23  
60322 Frankfurt

Ihr Zeichen: RA 293

Bitte Aktenzeichen und Anmelder bei  
allen Eingaben und Zahlungen angeben

Zutreffendes ist angekreuzt ☒ und/oder ausgefüllt

Prüfungsantrag, Einzahlungstag am 06. September 2002

Eingabe vom

eingegangen am

Die Prüfung der oben genannten Patentanmeldung hat zu dem nachstehenden Ergebnis geführt.

Zur Äußerung wird eine Frist von

4 Monat(en)

**Frist:** 15. Aug. 2003 *h*

gewährt, die mit der Zustellung beginnt.

Für Unterlagen, die der Äußerung gegebenenfalls beigelegt werden (z.B. Beschreibung, Beschreibungsteile, Patentansprüche, Zeichnungen), sind je zwei Ausfertigungen auf gesonderten Blättern erforderlich. Die Äußerung selbst wird nur in einfacher Ausfertigung benötigt.

Werden die Beschreibung, die Patentansprüche oder die Zeichnungen im Laufe des Verfahrens geändert, so hat der Anmelder, sofern die Änderungen nicht vom Deutschen Patent- und Markenamt vorgeschlagen sind, im Einzelnen anzugeben, an welcher Stelle die in den neuen Unterlagen beschriebenen Erfindungsmerkmale in den ursprünglichen Unterlagen offenbart sind.

In diesem Bescheid sind folgende Entgegenhaltungen erstmalig genannt. (Bei deren Nummerierung gilt diese auch für das weitere Verfahren):

*514*

### Hinweis auf die Möglichkeit der Gebrauchsmusterabzweigung

Der Anmelder einer mit Wirkung für die Bundesrepublik Deutschland eingereichten Patentanmeldung kann eine Gebrauchsmusteranmeldung, die den gleichen Gegenstand betrifft, einreichen und gleichzeitig den Anmeldetag der früheren Patentanmeldung in Anspruch nehmen. Diese Abzweigung (§ 5 Gebrauchsmustergesetz) ist bis zum Ablauf von 2 Monaten nach dem Ende des Monats möglich, in dem die Patentanmeldung durch rechtskräftige Zurückweisung, freiwillige Rücknahme oder Rücknahmefiktion erledigt, ein Einspruchsverfahren abgeschlossen oder - im Falle der Erteilung des Patents - die Frist für die Beschwerde gegen den Erteilungsbeschluss fruchtlos verstrichen ist. Ausführliche Informationen über die Erfordernisse einer Gebrauchsmusteranmeldung, einschließlich der Abzweigung, enthält das Merkblatt für Gebrauchsmusteranmelder (G 6181), welches kostenlos beim Patent- und Markenamt und den Patentinformationszentren erhältlich ist.

**Annahmestelle und  
Nachbriefkasten  
nur  
Zweibrückenstraße 12**

**Hauptgebäude**  
Zweibrückenstraße 12  
Zweibrückenstraße 5-7 (Breiterhof)  
**Markenabteilungen:**  
Cincinnatistraße 64  
81534 München

**Hausadresse (für Fracht)**  
Deutsches Patent- und Markenamt  
Zweibrückenstraße 12  
80331 München

**Telefon (089) 2195-0**  
**Telefax (089) 2195-2221**  
**Internet:** <http://www.dpma.de>

**Bank:**  
Landeszentralbank München  
Kto.Nr.: 700 010 54  
BLZ: 700 000 00



**Entgegenhaltung 1:** DE 100 31 000 A1  
**Entgegenhaltung 2:** DE 72 34 344 U  
**Entgegenhaltung 3:** GB 821 955 A  
**Entgegenhaltung 4:** US 6 095 584 A  
**Entgegenhaltung 5:** DE 196 42 157 C1  
**Entgegenhaltung 6:** FR 1 508 695 A

**A.**

Dem Prüfungsbescheid liegen die geltenden Patentansprüche 1 bis 6, eingegangen am 06. September 2002, zugrunde.

**B.**

Der vorliegende Anspruch 1 ist mangels einer erfinderischen Tätigkeit nicht gewährbar.

Aus der Entgegenhaltung 1, vgl. die Figur 1, ist eine Vorrichtung zur Halterung von Klemmschellen bekannt, die sämtliche Merkmale des Oberbegriffs des geltenden Anspruchs 1 aufweist.

Anspruch 1 unterscheidet sich davon noch durch die kennzeichnenden Merkmale, nämlich dass die Vorrichtung als Schiene mit einem Längsschlitz ausgebildet ist, in den die Klemmschellen mit ihrem Spannteil von einem offenen Ende des Längsschlitzes her einführbar und mit ihrem Fortsatz auf dem einen Rand des Längsschlitzes abstützbar sind.

Allein dieser Unterschied kann jedoch keine erfinderische Tätigkeit begründen. Aus dem Stand der Technik sind nämlich eine ganze Reihe von Transport-, Magazinier- oder Stapelvorrichtungen bekannt, die auf dem Prinzip der formschlüssigen Aufnahme von Bauteilen in einer Vorrichtung zwecks Aneinanderreihung und Lageausrichtung beruhen. Wenn der zuständige Fachmann (hier ein Konstrukteur) ausgehend von den Nachteilen des Standes der Technik vor der Aufgabe steht, dass Ausrichten und Aufreihen der einzelnen Federschellen nicht mehr stoffschlüssig, sondern auf andere, vorteilhaftere Art und Weise zu realisieren, wird er sofort eine formschlüssige Aufnahme in Betracht ziehen, da ihm aus seinem Fachwissen bekannt ist, dass mittels derartiger Aufnahmen bei Vorliegen einer signifikanten Kontur an dem zu richtenden Bauteil eine Ausrichtung dessen relativ einfach und genau zu realisieren ist. Entsprechende Beispiele dafür sind aus den unterschiedlichsten Gebieten der Technik bekannt, verwiesen wird dazu beispielsweise auf die Entgegenhaltungen 2 bis 6. Auch wenn keines der Beispiele aus diesen Entgegenhaltungen konkret eine derartige Vorrichtung für Federbandschellen beinhaltet, ist der Gegenstand des Anspruchs 1 als aus dem Stand der Technik nahegelegt zu sehen, da es sich hier um ein grundlegendes Funktionsprinzip handelt, welches, wie oben anhand der Beispiele aufgezeigt, fachgebietsübergreifend genutzt wird. Erinnert wird ergänzend dazu auch noch an einen Anwendungsfall, mit dem nahezu jeder fast alltäglich in Berührung kommt, nämlich die Lagerung und Präsentation von Waren beispielsweise in Supermärkten oder Baumärkten, wo die Verpackungseinheiten (wie z.B. PET-Flaschen, Plastikschräbels etc.) auf Schienen aufgefädelt und damit ausgerichtet und aufgereiht angeboten werden.

Ausgehend davon wird der o.g. Fachmann dieses Prinzip ohne Schwierigkeiten auch auf andere Anwendungsfälle, wie eben zum Beispiel auch für die Ausrichtung und Aufreihung von Federbandschellen, bei entsprechendem Bedarf übertragen.

Nach alledem ist der Gegenstand des Anspruchs 1 aus dem Stand der Technik nahegelegt.

Nachdem der Anspruch 1 nicht gewährbar ist, sind die direkt oder indirekt auf diesen zurückbezogenen Ansprüche 2 bis 6 schon aus formalen Gründen nicht gewährbar. Im einzelnen wird zu diesen Ansprüchen folgendes ausgeführt:

Die Weiterbildung gemäß Anspruch 2 stellt lediglich eine einfache bauliche Maßnahme dar, die der o.g. Fachmann ohne Schwierigkeiten ausführt, um die gewünschte Ausrichtung zu erreichen.

Die Weiterbildung gemäß Anspruch 3 ist in äquivalenter Weise u.a. bereits aus den Entgegenhaltungen 2, vgl. Figur 2, und 3; vgl. hier beispielsweise die Figuren 6 und 7, offensichtlich bekannt. Dort wird lediglich die Schiene von dem aufzunehmenden Teil umfassen, während dies gemäß der anmeldungsgemäßen Ausführung genau umgekehrt ist (die Schiene umfängt das aufzunehmende Teil).

Die Weiterbildung gemäß Anspruch 4 ist ebenfalls bereits aus der Entgegenhaltung 2, vgl. Seite 3, zweiter Absatz, offensichtlich bekannt.

Die Merkmale des Anspruchs 5 sind weitgehend bereits aus der Entgegenhaltung 4, vgl. die Figuren 1 bis 8, bekannt. Lediglich das Merkmal, dass der Abstand der Querschlitz der axialen Breite der Klemmschellen entspricht, findet sich nicht in der genannten Entgegenhaltung, jedoch ist darin lediglich noch eine einfache bauliche Maßnahme zu sehen, die als solche aber keinen patentfähigen Gegenstand begründen kann.

Die Weiterbildung gemäß Anspruch 6 ist wiederum aus der Entgegenhaltung 2, vgl. Figur 2, Positionen 6 und 7, bei umgekehrtem Aufnahmeprinzip (vgl. Ausführungen zum Anspruch 3) bereits bekannt.

C.

Auf Grund der dargelegten Sachlage kann eine Patenterteilung nicht in Aussicht gestellt werden.

Da nach diesseitiger Auffassung auch die weiteren Unterlagen nichts erkennen lassen, was in Anbetracht der obigen Ausführungen und der genannten Entgegenhaltungen zu einem gewährbaren Patentanspruch führen könnte, ist bei einer Aufrechterhaltung der Anmeldung mit einer Zurückweisung dieser zu rechnen.

Prüfungsstelle für Klasse **F 16 L**

**Dipl.-Ing. T. Arndt**

Hausruf **3438**

Anlagen: Ablichtungen der Entgegenhaltungen 1 bis 6

Ausgefertigt  
1. Stern 5  
Regierungsangestellte



